

Die Anden brennen, der Süden formiert sich, Washington  
verliert an Macht

Bruchlinien in Lateinamerika

Von Maurice Lemoine\*

Es gab eine Zeit, so sagt die Legende, da jeder Journalist, der La Paz (Bolivien) besuchte, in das Hotel an der Plaza Murillo gegenüber vom Regierungspalast kam und ein Zimmer „mit Blick auf den Staatsstreich“ verlangte. Eine neue Legende von Beginn des 21. Jahrhunderts wird sicher erzählen, dass ein Präsident, wenn er sein Amt antritt, aus Vorsicht ein Büro mit „direktem Zugang zum Hubschrauber“ verlangt. Nach dem Argentinier Fernando de la Rúa 2001 und dem Bolivianer Gonzalo Sánchez de Lozada 2003 floh auch der ecuadorianische Staatschef Lucio Gutiérrez am 20. April 2005 dank dieser segensreichen Erfindung aus seinem Präsidentensitz, dem Palacio Carondelet.

Ein trauriges Ende für diesen einst so verheißungsvollen Mann. Der damalige Oberst war einer der Anführer des Staatsstreichs gewesen, der im Januar 2000 einen stark von der indigenen Bevölkerung getragenen Volksaufstand unterstützte und zum Sturz von Präsident Jamil Mahuad führte, aber von kurzer Dauer war. Der etwas voreilig als „ecuadorianischer Chávez“ bezeichnete Gutiérrez verbrachte danach sechs Monate im Gefängnis, wurde aus der Armee ausgeschlossen - und gewann im November 2002 die

Präsidentenwahl in einem Bündnis mit der Pachakutik-Bewegung, dem politischen Arm der Konföderation der Indigenen Nationen Ecuadors (CONAIE), der mächtigen Organisation der armen autochtonen Bevölkerung. (1)

Es dauerte nur wenige Monate, bis der ehemalige Oberst seine Anhänger, angefangen von den Ministern aus der Pachakutik-Bewegung, verriet, die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) übernahm und sich selbst als „besten Verbündeten von Bush“ in der Region bezeichnete.

Nach unpopulären Maßnahmen und billigen politischen Manövern ging Gutiérrez am 8. Dezember 2004 einen Schritt zu weit. An diesem Tag beschloss eine ihm ergebene parlamentarische Mehrheit die Umstrukturierung des Obersten Gerichtshofs und ersetzte 27 der 31 Richter. Am 31. März 2005 annullierten die neu gewählten Richter die Urteile gegen die Expräsidenten Abdalá Bucaram – der wegen Korruption in Februar 1997 seines Amtes enthoben wurde – und Gustavo Noboa – der wegen Unregelmäßigkeiten und Veruntreuung bei der Neuverhandlung der Auslandsschulden Ecuadors mit dem Internationalen Währungsfonds zurücktreten musste. Die Rückkehr der beiden ehemaligen Staatschefs aus ihrem Exil in Panama bzw. in der Dominikanischen Republik löste einen Aufstand aus.

Nachdem die Armee, in der große Unzufriedenheit herrschte, von Gutiérrez abgefallen war, ließ ihn auch der Kongress im Stich: 60 von 100 Parlamentariern wählten ihn ab, um nicht mit ihm unterzugehen. Aus juristischer Sicht mag der angegebene Grund – „Preisgabe des Amtes“ (da Gutiérrez „die Verfassung nicht respektiert hat“) – vielen anfechtbar erscheinen. Trotzdem fügte

sich schließlich auch Washington, wo man bis zum letzten Moment starke Unterstützung für den Verbündeten signalisiert hatte. Die „Institutionen“ und die „Legitimität des politischen Systems“ zu bewahren, war für alle das vorrangige Ziel.

In Lateinamerika, das allzu lange dem liberalen Fundamentalismus unterworfen war - 225 Millionen Menschen oder 43,9 % der Bevölkerung leben in Armut -, sitzen die Regierungen auf einem Pulverfass. Trotz der „Wachhunde“, die unter allen Umständen den Status quo bewahren wollen - „Finde dich mit deiner Lage ab. Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise macht Geld nicht glücklich (2)“ -, scheint die Zeit endgültig vorbei, da die Völker sich in ihr Schicksal zu fügen schienen: „Soziale Gerechtigkeit? Sie kommt jeden Tag näher ... wie die Horizontlinie!“.

Zum ersten Mal seit den 1960er Jahren versuchen mehrere Linksregierungen - Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela -, den von sozialer Verachtung und Ausgrenzung gezeichneten Kurs dieser „Republiken ohne Bürger“ zu verändern. Der venezolanische Präsident Hugo Chávez verkündet allerdings neben Fidel Castro als einziger Präsident ein Entwicklungsmodell, das sich deutlich vom Konsens mit Washington entfernt. Angesichts dieses Widerspruchs, dem die USA an verschiedenen Orten der Welt begegnen, versuchen sie die Achse ihrer bedingungslosen Verbündeten zu stärken, zu denen Mexiko, Zentralamerika und die Andenländer gehören, wo Ecuador unter Gutiérrez neben Kolumbien eine Schlüsselstellung einnahm (wie auch Bolivien unter Sánchez de Lozada).

Seit den 1990er Jahren bemüht sich Washington um den Abschluss von Freihandelsabkommen, angefangen beim Nordamerikanischen

Freihandelsabkommen (NAFTA (3)). Als Krönung sollte die panamerikanische Freihandelszone (ALCA) ab Januar 2005 den Virus des Ultraliberalismus über den ganzen Kontinent verbreiten. Dieses Projekt ist jedoch steckengeblieben, weil es auf den Widerstand der sozialen Bewegungen mit einer lateinamerikaweiten Kampagne gegen die ALCA, auf die Ablehnung des Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercosur (4)) und auf den Widerstand Venezuelas stieß.

Um das Problem zu umgehen, unterzeichnet die Großmacht eilig bilaterale Verträge mit Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (Central American Free Trade Agreement - CAFTA), mit Ecuador, Kolumbien und Peru (5). Wie die ALCA betreffen diese Freihandelsabkommen nicht nur streng wirtschaftliche Aspekte, sondern auch Staatsführung, Arbeitsrecht, Urheberrecht, Umwelt, Rohstoffe, Gesundheit und Bildung. In Pseudoverhandlungen können die lateinamerikanischen Länder kosmetische Veränderungen anbringen; die USA machen in grundsätzlichen Fragen keine Zugeständnisse und folgen ausschließlich den eigenen Interessen. Angesichts dieses kaum kaschierten Neokolonialismus gärt es in den Völkern. „Ich glaube, dass sie am Ende den ganzen Staat privatisieren werden“, ist hier und da zu hören. „Wenn es so weitergeht, wachen wir eines Morgens auf und das Land gehört Coca Cola!“ Die Proteste in Mittelamerika sind unüberhörbar. In Peru und Ecuador werden Unterschriften gesammelt, um die Regierungen zu einer Volksbefragung über die Verträge zu verpflichten. In Bolivien hat der Druck sozialer Organisationen die Regierung daran gehindert, die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen

(TLC) fortzusetzen, das in „total locura capitalista“ (totaler kapitalistischer Wahnsinn) umgetauft wurde.

Der kürzliche Sturz der bolivianischen und ecuadorianischen Staatschefs eröffnet bisher nur ungewisse, zwiespältige Perspektiven. Wie in Argentinien im Dezember 2000 haben die Ecuadorianer mit dem Ruf „Que se vayan todos“ (Sie sollen alle verschwinden!) die Straße erobert. Ihr von verschiedenen Klassen getragener, wie von selbst ausgebrochener Aufstand (die freien Radiosender haben eine große Rolle gespielt) ohne Parteien und politische Funktionäre - wie in La Paz und in Buenos Aires - schloss sogar die CONAIE und die Pachakutik-Bewegung aus, deren Führern man die (kurze) Regierungsbeteiligung unter Gutiérrez vorwarf.

Ebenso wie Bolivien den Präsidenten Sánchez de Lozada durch seinen Stellvertreter Carlos Mesa (der keiner Partei angehört) ersetzt hatte, folgte auch auf Gutiérrez in Ecuador sein Vertreter Alfredo Palacio (ein Arzt ohne politische Mitgliedschaft). Beide haben keine große Lobby.

In Buenos Aires hat die Machtübernahme durch Nestor Kirchner, ein zum linken Zentrum gedrifteter Peronist, unter ähnlichen Umständen für eine Überraschung gesorgt. Seine Regierung leistete dem IWF Widerstand und erließ ein Moratorium für die Privatschulden. Diese Maßnahme endete im März 2005, nachdem die Gläubiger eingewilligt hatten, auf 65,6 % ihrer Forderungen zu verzichten. Am 10. März rief Kirchner zum Boykott der Erdölkonzerne Shell und Esso auf, die ihre Brennstoffpreise um 3 % erhöht hatten. Hunderte Demonstranten folgten seinem Aufruf und

besetzten die Tankstellen. Aber an der sehr Besorgnis erregenden sozialen Situation hat sich nichts geändert.

In Ecuador übernimmt der neue Präsident Palacio die Führung des Landes ebenfalls in einem höchst prekären Moment. Aus Überzeugung oder um den Druck des Volkes zu mindern, erklärte der Wirtschaftsminister Rafael Correa: „Die Wirtschaftsabkommen müssen eingehalten werden, aber das Volk darf nicht aus einer Position von Sklaven verhandeln (6)“. Innenminister Mauricio Gándara verkündete, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen seien unterbrochen, alle Bergbau- und Erdölverträge würden überprüft, Ecuador stehe dem *Plan Colombia* mit Distanz gegenüber und prüfe die Annulierung des 1999 unterzeichneten Vertrags, der den USA eine Militärbasis in Manta zusichert. Von diesem strategischen Standort des *Southern Command* aus sind 500 amerikanische Soldaten im Einsatz gegen die kolumbianische Guerilla. (7) In diesem Punkt musste Präsident Palacio nach einem Essen mit der amerikanischen Botschafterin Kristie Kenney bereits einen Rückzieher machen. Das gleiche Szenario wie in Bolivien?

Dort hatte zunächst ein „Wasserkrieg“ gegen die Auswirkungen der Privatisierung und ein aus ähnlichen Gründen ausgebrochener „Gaskrieg“ (80 Tote, 500 Verletzte) den Ultraliberalen Sánchez de Lozada (8) in die Flucht gejagt. Am 18. Juli 2004 führte sein Nachfolger Carlos Mesa, unterstützt von der wichtigsten Oppositionspartei, der Bewegung zum Sozialismus (MAS) von Evo Morales, ein „Gasreferendum“ durch, in dem sich die bolivianische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für die Rückkehr der

Bodenschätze in nationalen Besitz aussprach. Die soziale Bewegung einigte sich auf vier Forderungen: Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, dem Vorbild des Gründungsaktes der *Revolución Bolivariana* im Venezuela folgend; Ablehnung der ALCA und/oder des Freihandelsabkommens; Ausweisung des transnationalen Unternehmens Aguas de Illimani (Suez-Lyonnaise des Eaux); Abstimmung über ein Gesetz über die Bodenschätze, das unter anderem eine Steuer von 50 % (durch Referendum bestätigt) auf die Ausbeutung durch transnationale Konsortien festlegt. Zwischen den Fronten der sozialen Unruhen einerseits und von IWF, Weltbank und multinationalen Konzernen andererseits behauptete Mesa, das schon vom Parlament angenommene Gesetz sei „unmöglich“ umzusetzen, da es von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert werde (9). Erst in letzter Minute und widerwillig liess Mesa das Gesetz am 17. Mai im Kongress passieren. Doch es war zu spät, um die Protestbewegung zu besänftigen. Er musste zurücktreten.

Die Opposition hat zwar durch den allgemeinen zivilen Ungehorsam eine Art Vetomacht erlangt, wird jedoch durch die Auseinandersetzung nicht gestärkt. Da die sogenannten traditionellen politischen Parteien keine Ideologie und keine Volksbasis haben, spielen sie in den Ereignissen nur noch eine untergeordnete Rolle. Sogar radikalen Führern wie Felipe Quispe (Indigenen-Bewegung Pachacuti, MIP) und Evo Morales (MAS), denen man persönlich vorwirft, anfänglich mit Mesa paktiert zu haben, droht man, sie der alternativen *justicia comunitaria* zu unterwerfen, wenn sie den kürzlich geschlossenen „Pakt für die

Würde und die Souveränität des bolivianischen Volkes" verraten sollten.

Morgen könnte die gleiche Situation in Peru eintreten, wo auf die Katastrophe Alberto Fujimori das Desaster Alejandro Toledo folgte. Straßenblockaden, Besetzung öffentlicher Gebäude, gescheiterte bewaffnete Aktion am 1. Januar 2005 durch eine Gruppe ultranationalistischer ehemaliger Militärs - der Etnocaceristas -, Zusammenstöße mit den Ordnungskräften und der Armee ... Die in allen Schichten des Staates wuchernde Korruption und die katastrophale soziale Lage geben ständig Anlass zur Diskussion: Soll mal Toledo bis 2006 ab der Macht lassen oder ihn vorher „verabschieden“? Aber auch in Peru profiliert sich kein möglicher Nachfolger, so groß ist die Ablehnung der politischen Parteien und ihrer Anführer.

Sogar in Nicaragua, das im April und Mai von mächtigen Demonstrationen gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise erschüttert wurde und wo mehr als 80 Bürgermeister (von 152 *Municipios*) von Präsident Enrique Bolanos verlangt haben, dass er die Energieprobleme lösen oder zurücktreten solle, ist es gar nicht sicher, dass die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) in der Lage wäre, gegebenenfalls die Regierung zu übernehmen. Sie wird selbst von einer schweren, durch das Fehlen interner Demokratie verursachten Krise geschüttelt, die eine große Anzahl ihrer einstigen Funktionäre und Anhänger vertrieben hat.

Überall Situationen, die mehr von Ungewissheit und drohendem Chaos gekennzeichnet sind, als vom Auftauchen echter

Alternativen. Nichtsdestotrotz verliert Washington einen Vasallen nach dem anderen und befindet sich in der Defensive. Nach Auffassung von General Bantz Craddock, Oberkommandierender des *Southern Command*, „fördert in Bolivien, Ecuador und Peru fehlendes Vertrauen in die Institutionen das Auftreten von antiamerikanischen, Antiglobalisierungs- und Anti-Marktwirtschafts-Demagogen.“(10) Schlimmer noch! Die Achse Brasilien-Argentinien-Uruguay-Venezuela (und in diesem Fall im Hintergrund auch Kuba) verurteilt alle Bemühungen des US-Außenministeriums zum Scheitern, die Zügel wieder in die Hand zu nehmen.

Als die USA vor der Generalversammlung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) im Juli 2004 in Fort Lauderdale (Florida) ihren Vorschlag zur Veränderung der Interamerikanischen Demokratischen Charta vortrugen, um jene Länder zu isolieren, „die sich schrittweise von der Demokratie entfernen“, und dort auch einzugreifen zu können - erklärte Ziel: Venezuela -, ernteten sie nur ein höfliches Lächeln. Bei der Sitzung der Verteidigungsminister (vom 16. bis 18. November 2004 in Quito) wiesen Venezuela, Brasilien und Bolivien beim Thema Nichteinmischung die Forderung des von Kolumbien Mittelamerika unterstützten Verteidigungsministers Donald Rumsfeld zurück, ein neues Konzept der „Präventiven Sicherheit“ zu entwickeln und eine multinationale latein-amerikanische Einheit zu schaffen - selbstredend unter dem Kommando des Pentagon.

Aber sogar in Kolumbien unter Alvaro Uribe Vélez, ihrem treuesten Vasallen, tritt die amerikanische Politik kläglich auf der

Stelle. Trotz 3,3 Milliarden Dollar Militärhilfe für Bogotá in den letzten sechs Jahren, der Lieferung von mehr als 65 Blackhawk- und Huey-Hubschraubern und der Bildung von drei neuen Eliteeinheiten fährt sich die kolumbianische Armee in den internen Konflikten fest.

Auch die ehrgeizigste Offensive aller Zeiten gegen die Bewaffneten Revolutionären Kräfte Kolumbiens (FARC), die Operation des *Plan patriota* mit 17 000 Soldaten im Süden des Landes, hat die mobile Guerilla nicht bezwingen können, die auf Schnelligkeit und Überraschung setzt und in den Bergen oder im Dschungel den schweren Bataillonen weit überlegen ist. Während die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice bei ihrem Besuch in Bogotá am 27. April 2005 für September dieses Jahres das Ende des *Plan Colombia* (aber nicht das Ende der amerikanischen Hilfe) ankündigte, erlitten die Truppen im Südwesten des Landes schwere Niederlagen und in der Armee brach eine schwere Krise aus. Die Entlassung von vier hochrangigen Generälen (11) verdeutlichte die tiefen Brüche innerhalb einer Armee, die von den durch das Pentagon aufgezwungenen Veränderungen der Doktrin und ihre Niederlagen im Kampf schwer traumatisiert ist.

Und es gibt noch einen nicht unbedeutenden Stolperstein für Washington: „Venezuela übt einen destabilisierenden Einfluss in Lateinamerika aus“, hatte Condoleezza Rice im Februar gewarnt. Der starke diplomatische Druck auf die Nachbarn, den venezuelanischen Präsidenten zu „lulalisieren“ (12), nützte nichts - überdies ist Chávez nicht der Mann, der sich manipulieren lässt. Als die US-Außenministerin am 26. April eine

Reise durch vier Länder (Chile, Brasilien, Kolumbien, El Salvador) antrat, gelang es ihr nicht, in Brasilia eine kritische Erklärung zur *Revolución Bolivariana* zu verabschieden, und auch in Santiago erhielt sie eine höfliche Abfuhr.

Zwar sind die Nachbarn nicht gerade begeistert von Chávez' Politik des Bruchs. Über das Integrationsmodell des Mercosur, der für ihn „dem Diktat des Kapitals und der Marktlogik unterworfen“ ist, hat er natürlich andere Ansichten als das zum „Realismus“ konvertierte und dafür vom IWF beglückwünschte Brasilien. Chávez predigt unermüdlich die Durchsetzung der *Alternativa Bolivariana para las Américas (ALBA)* (13), ein Integrationsmodell mit starker sozialer Komponente. Am 4. März erklärte er sogar: „Wir müssen den neuen Sozialismus für das 21. Jahrhundert erfinden. Der Kapitalismus ist kein nachhaltiges Entwicklungsmodell.“

Wenn es aber darum geht, die am 8. Dezember 2004 gegründete Südamerikanische Staatengemeinschaft (CSN) (14) und eine internationale Ordnung zu stärken, die den Unilateralismus ablehnt und auf der Gleichheit der Staaten beruht, dann findet man wieder zusammen. Wirtschaftsabkommen (Energie, Industrie) tun ein Übriges. Venezuela importiert beispielsweise jedes Jahr für seine Erdölindustrie Güter und Dienstleistungen im Wert von 5 Milliarden Dollar aus den USA. Chávez möchte nun 25 % dieser Einkäufe in Argentinien und Brasilien tätigen. Auch deren Staatschefs müssen auf ihr Volk Rücksicht nehmen, egal, was sie davon halten. Die allgemein bekannten argentinischen *Piqueteros* oder die brasilianischen Landlosen fühlen sich von Chávez mehr vertreten als von ihren eigenen Präsidenten.

Das Schlimmste aber stand Washington noch bevor: Seit Oktober 2004 war die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) durch den Rücktritt ihres kurzzeitigen (17 Tage!) Generalsekretärs Miguel Angel Rodríguez sozusagen kopflos. Der Expräsident von Costa Rica war von einer Korruptionsaffäre eingeholt und in seinem Land dafür verurteilt worden, 2,4 Millionen Dollar Schmiergeld vom französischen Unternehmen Alcatel erhalten zu haben. Drei Kandidaten strebten seine Nachfolge an: der Mexikaner Luis Ernesto Derbez, konservativ, Außenminister und ehemaliger Berater der Weltbank; der chilenische Innenminister José Miguel Insulza, früherer Berater von Salvador Allende, der seit seiner Berufung ins Außenministerium 1994 verschiedene Ministerämter innehatte; und schließlich der Kandidat des Weißen Hauses, der Expräsident von El Salvador Francisco Flores. Flores hatte ein symbolisches Militärkontingent in den Irak geschickt (das immer noch dort ist).

In sechzig Jahren hatte in dieser Organisation von 34 amerikanischen und karibischen Staaten (außer Kuba) noch nie ein Kandidat gewonnen, der nicht von den USA unterstützt wurde. Noch vor dem ersten Wahlgang am 11. April und obwohl enormer Druck ausgeübt wurde, schien Flores so isoliert, dass Washington ihn bat, seinen Kandidatur zurückzuziehen, um eine Demütigung zu verhindern.

Eigentlich haben die USA mit Chile, wo man nicht mit der reinen Marktwirtschaft gebrochen und 2004 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet hat, keine größeren Meinungsverschiedenheiten als mit Mexiko, das zur ALENA gehört. Wenn es jedoch zu

Auseinandersetzungen kommt, ist der Handlungsspielraum für Chile viel größer als für Mexiko. Washington kann Druck auf den Nachbarn im Süden ausüben, indem es die vier Millionen (oder mehr) papierlosen Mexikaner in den USA unterdrückt oder legalisiert, deren Geldsendungen in die Heimat (2003 waren es 38 Milliarden Dollar) die Einnahmen aus dem Tourismus übersteigen und der Hälfte des Exportvolumens entsprechen.

Außerdem unterstützt Hugo Chávez begeistert den Chileneen Insulza. Er hat gute Gründe: Zur „südamerikanischen“ Solidarität kommt hinzu, dass der mexikanische Präsident Vicente Fox freundschaftlich mit George W. Bush verbunden ist; dass die mexikanische Regierung eine Destabilisierungskampagne gegen den linken Bürgermeister von Mexiko Stadt, Andrés Manuel López Obrador, Kandidat der Partei der demokratischen Revolution für die Präsidentschaftswahlen von 2006 (15), lanciert und dass Mexiko in der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen gegen Kuba gestimmt hat (16). Auf Anweisung des US-Außenministeriums unterstützten die Länder, die für Flores waren, nun den Mexikaner Derbez.

Trotz fünftägiger Wahlen bekamen beide Kandidaten immer wieder 17 Stimmen (mit 18 Stimmen ist man gewählt), wobei Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Ecuador, Venezuela, die Dominikanische Republik und zehn karibische Staaten für den Chileneen stimmten. Vor dem 2. Mai, an dem eine weitere Konsultation stattfinden sollte, schien sich die Waage zu Insulza zu neigen, obwohl Washington aus allen Rohren feuerte. Am 29. April wurde der Knoten bei einer Sitzung mit Condoleezza Rice und

mehreren Außenministern (El Salvador, Paraguay, Kolumbien, Chile und Kanada) sowie den beiden Kandidaten zerschlagen. Zur allgemeinen Überraschung verkündete der Mexikaner, dass er seine Kandidatur zurückziehe.

„Condoleezza Rice hat erkannt, dass eine Niederlage unvermeidbar wäre, wenn sie Derbez weiter unterstützen würde“, analysiert Peter Hakim, Direktor des Interamerikanischen Dialogs, einer Organisation mit Sitz in Washington. „Wenn er ein oder zwei Stimmen mehr bekommen hätte, wäre der Eindruck entstanden, der Kontinent sei durch Verschulden der USA gespalten, und wenn er verloren hätte, was wahrscheinlicher war, wäre es eine schwere Niederlage für die USA gewesen.“ (17) Um unter diesen Umständen das Gesicht zu wahren, willigte Washington ein, Insulza als „Konsenskandidat“ den Vortritt zu lassen. Am 2. Mai wurde er schließlich mit 31 Stimmen (zwei Enthaltungen und eine Nichtwahl) gewählt.

Trotz dieses Manövers in letzter Minute wirkt Washington wie der große Verlierer dieser Runde. Es wäre jedoch falsch, den Sieg des ehemaligen chilenischen Innenministers als Sieg eines Linken an der Spitze der Organisation anzusehen. Einem Diplomaten zufolge, der die letzten Verhandlungen aus der Nähe verfolgte: „gibt es viele Hinweise darauf, dass die USA, ehe sie ihm das Feld überließen, Zusagen von Insulza und von der chilenischen Regierung erhalten haben, vor allem im Hinblick auf die Politik der OAS gegen Venezuela und Kuba.“

In diesem „Hinterhof der USA“, der politisch so zersplittert ist wie nie zuvor, deutet trotzdem nichts darauf hin, dass der neue

Generalsekretär freie Hand hätte, wenn er zufällig Lust bekäme, den von den USA gewünschten Kurs durchzusetzen.

(1) Siehe Laurent Tranier, „Mit Gott für den Fortschritt“, Le Monde diplomatique, April 2005

(2) Cromos, Bogotá, 20. Dezember 1999

(3) Die NAFTA umfasst seit 1994 Mexiko, die USA und Kanada

(4) Zu den Gründungsmitgliedern des Mercosur gehörten 1994 Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, später wurden Bolivien und Chile (1996), Peru (2003), Kolumbien, Ecuador und Venezuela (2004) assoziiert.

(5) Im Oktober 2003 nahm das chilenische Parlament als Vorreiter ein Freihandelsabkommen an, das im Januar 2004 in Kraft trat. El Salvador, Honduras und Guatemala haben das CAFTA ratifiziert (das vom US-amerikanischen Kongress noch nicht angenommen worden ist).

(6) Sally Burch, „Ecuador, Cambio de Rumbo?“, Alai, Quito, 22. April 2005.

(7) Siehe Hernando Calvo Ospina, „Von Panama bis Caracas“, Le Monde diplomatique, Februar 2005.

(8) Siehe Ignacio Ramonet, „Jetzt auch Bolivien“, Le Monde diplomatique, November 2003.

(9) Gegen Argentinien liegen 34 Klagen beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten der Weltbank vor (Raúl Zibechi, La Jornada, Mexico, 1. April 2005).

(10) Erklärung vor dem US-amerikanischen Kongress am 9. März 2005.

(11) Generalstabschef Roberto Pizarro, Heereschef Fabio García, Entwicklungschef Hernán Cadavid und Jairo Pinada, Generalinspekteur der Armee.

(12) Anspielung an die gemäßigte Politik des brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio „Lula“ da Silva

(13) Die erste Sitzung Kuba-Venezuela zur Anwendung der Alternativa Bolivariana para las Américas (ALBA) am 28. April in Havanna hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vertieft.

(14) Die CSN umfasst die Länder des Mercosur, des Andenpakts (Bolivien, Kolumbien, Peru, Ecuador, Venezuela) sowie Surinam und Guyana.

(15) López Obrador wurde von der mexikanischen Justiz wegen Errichtung einer Zugangsstraße zu einem Krankenhaus auf Privatgelände verfolgt. Der Verlust der parlamentarischen Immunität aus diesem lächerlichen Grund versperrt ihm den Weg zur Präsidentschaftswahl 2006, bei der ihn die Umfragen als Favoriten sehen. Eine Million Mexikaner, die in diesem Verfahren einen politisch-juristischen Komplott sehen, sind am 24. April auf die Straße gegangen, und haben die Regierung zum Nachgeben gezwungen. Um der Krise zu beenden wurde ... der Generalstaatsanwalt entlassen.

(16) Mehrere lateinamerikanischen Mitgliedsländer der Kommission haben für die Resolution der USA gegen Kuba gestimmt: Mexiko, Costa Rica, Guatemala und Honduras. Argentinien, Brasilien, die

Dominikanische Republik, Ecuador, Paraguay und Peru haben sich  
enthalten.

(17) BBC Mundo, London, 2. Mai 2005

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

\*Maurice Lemoine ist Stellvertretender Chefredaktor von "Le Monde  
diplomatique", Paris